

Aktuelle Post aus dem Kreistag (11)



26. Oktober 2017

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Vorab eine gute Nachricht: Der Kreisausschuss hat sich nun doch entschlossen, die Geschäftsordnung des Kreistags so zu verändern, wie es in der Hessischen Landkreisordnung vorgesehen ist. Das heißt: ab zwei Abgeordneten kann eine Fraktion gebildet werden. Eine Benachteiligung kleiner Wählergruppen wurde nicht durchgesetzt. Haben SPD und CDU vielleicht etwas gelernt?

Ansonsten war alles wie immer: die große Koalition aus SPD und CDU stimmte alles rigoros weg, was nicht von ihr selbst kam. Anträge der Opposition schafften es noch nicht einmal in einen der Ausschüsse. Dafür gab es rührselige Reden, wie sehr man doch an der Mitarbeit aller Fraktionen interessiert sei und wie offen man doch alle Themen zu Diskussion stelle...

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Rücklicht
2. Änderung der Haushaltssatzung für 2018 - Nachtragshaushalt
3. Antrag Freie Wähler: Einrichtung einer Zweigstelle der Ausländerbehörde in Büdingen
4. Antrag DIE LINKE. / Piraten: Weihnachtsbeihilfe für Kinder im Hartz4-Bezug
5. Antrag DIE LINKE. / Piraten: Schülerticket auch für Kinder aus Rockenberg, Oppershofen und Steinfurth
6. Änderung der Geschäftsordnung des Kreistags
7. Bericht zu Frauenförderung in der Kreisverwaltung

RÜCKLICHT



Miethaie zu Goldfischli!

Immer wieder kommen Menschen in unsere Sprechstunde, die unvorstellbare Summen für ihre Wohnung zahlen. Ein Beispiel: 520 Euro für ein kleines Zimmer, Bad und Küche werden mit anderen Mietern genutzt. Quadratmeterpreis: mehr als 34 Euro! Immerhin warm... Kein Wunder, dass unser Informationsstand am

14. Oktober auf der Friedberger Kaiserstraße so großen Zuspruch fand. Die Flugblätter und die Goldfischli fanden reißenden Absatz. Leider reagieren die politisch Verantwortlichen hier in der Wetterau immer noch nicht auf die Wohnungsnot. DIE LINKE. im Kreistag fordert Investitionen in den sozialen Wohnungsbau.

Bundestagswahlen in der Wetterau

Im Wetteraukreis konnte DIE LINKE. Stimmen hinzugewinnen. Wir erhielten 6,7 % der Zweitstimmen. Bei der letzten Bundestagswahl waren es 5,2 % gewesen. (Highlight war wieder Butzbach-Wiesental, wo über 19% links gewählt haben.) Wir danken allen Wählerinnen und Wählern für ihre Entscheidung!

Viele Menschen haben uns beim Wahlkampf unterstützt. Wir konnten über 20 Genossinnen und Genossen neu in DIE LINKE. Wetterau aufnehmen. Meist sind es junge Leute. Wir freuen uns über diese Verstärkung!

Allen Neuen ein herzliches Willkommen! Es dürfen ruhig noch mehr Mitglieder werden! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!



31 000 Zeitungen der Linken Kreistagsfraktion wurden im August und September verteilt – zusammen mit Wahlinformationen zur Bundestagswahl. Hier wandert gerade das letzte Exemplar in einen Briefkasten

Änderung der Haushaltssatzung für 2018 - Nachtragshaushalt

Ein Nachtragshaushalt für 2018 wurde beschlossen. Wir haben diesen Haushalt abgelehnt. Nach der Kürzungssorgie während des Schutzschirms treten SPD und CDU heute so auf, als würden sie soziale Wohltaten bezahlen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Wie heißt es doch? Erst nehmen sie dem Bauern die Sau aus dem Stall und dann geben sie ihm mit großem Getöse ein Kotelett zurück.

Das war unsere Rede:

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, Mein Damen und Herren, wir bezweifeln nicht, dass Landrat Arnold ein sorgfältiger Kämmerer ist und auch nicht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung eine korrekte Erstellung der Haushaltssatzung für 2018 vorgenommen haben. Solides Wirtschaften mit den Finanzmitteln war ja in der Wetterau nicht immer selbstverständlich.

Was wir aber bezweifeln ist, dass die Schwerpunktsetzung des Haushalts den sozialen Anforderungen entspricht, die sich im Wetteraukreis stellen.

In seiner Pressemeldung zum Haushalt lobt der Landrat das Sparprogramm, das seit 2013 im Wetteraukreis gilt. Er führt besonders an, dass Kreisleistungen zurückgefahren und Sozialleistungen ausgelagert wurden und dass seither ein Wettbewerb der Unterbietung gewünscht ist. Man habe sich bei den Kürzungen nicht der Rasenmähermethode bedient. Man habe notwendige, wichtige und zukunftsorientierte Ausgaben beibehalten oder gar ausgeweitet.

Das sagt der Landrat. Da stellen sich Fragen:

War die ambulante Bereitschaftspflege keine notwendige, wichtige und zukunftsorientierte Aufgabe? Waren die psychosozialen Beratungsstellen keine notwendige, wichtige und zukunftsorientierte Aufgabe? Oder die Schuldnerberatung? Oder die Erziehungsberatung und die Nachmittagsbetreuung von Kindern – hier besonder solcher mit Erziehungsproblemen? Oder der Notkindergarten? Oder die Vergabe der Flüchtlingsbetreuung? Bei der man nicht zurückschreckte, sie an den Discounter European homecare abzugeben? Ich hör jetzt mal auf, denn die Liste ist ja lang!

Aber andererseits gehört anscheinend Preisdrückerei im Sozialen Bereich zu den notwendigen, wichtigen und zukunftsorientierten Aufgaben. Mit freien Trägern der Jugendhilfe und anderen Leistungserbringern werden Einzelvereinbarungen getroffen, werden die Preise gedrückt, statt Rahmenvereinbarungen zu treffen, die wie ein Tarifvertrag die Bedingungen im Jugend- und Sozialhilfebereich regeln.

Ja, im Sozialbereich kam diese Kreistagsmehrheit ziemlich oft zu dem Schluß - wie der Landrat es ausdrückt: dass man sich von Bereichen trennen sollte, die andere besser machen können. Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Mitarbeiter/innen bei den Trägern und Leistungserbringern interessierten dabei leider nicht.

Ich erinnere daran, dass auch langjährigen und soliden Leistungserbringern nach Ausschreibungen der Zuschlag aus Kostengründen nicht gewährt wurde – selbst wenn

damit hohe Qualität und Erfahrung verloren gingen, in der Folge Arbeitsplätze gekündigt wurden und der Leistungsumfang deutlich geringer wurde.

Ich will aber auch darauf aufmerksam machen, dass selbst elementare soziale Probleme offensichtlich nicht zu den notwendigen, wichtigen und zukunftsorientierten Aufgaben gehören:

Die Wohnungsnot zum Beispiel. Dass es immer weniger öffentliche, bezahlbare Wohnungen gibt ist bekannt. Wird aber immer noch nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Es gibt keinen qualifizierten Mietspiegel, es gibt keine Bedarfsanalyse, es gibt kein wirkliches Bewusstsein über die Dramatik am Wohnungsmarkt für das untere Fünftel der Bevölkerung.

Stattdessen agieren Sozialamt und Jobcenter lieber repressiv und setzen die Wohnungssuchenden unter Druck. Selbst bei Exmietierungen stehen keine Notunterkünfte zur Verfügung.

In einer Kritik der Diakonie und der Caritas wurde richtig bemerkt: Der Wetteraukreis fuhr seine Sozialleistungen auf ein absolutes Minimum zurück.

Und das wurde natürlich mit der Rasenmähermethode gemacht!

Andererseits verzichtet dieser Kreistag regelmäßig auf der Einnahmeseite auf Finanzmittel: Zuschüsse des Landes für den sozialen Wohnungsbau bleiben ungenutzt, die gesetzlich mögliche Abführung der Sparkassengewinne bleibt ungenutzt, es wird nicht für eine Vermögenssteuer gestritten, die Hessen 1,5 Milliarden Euro bringen würde.

Meine Damen und Herren,

in seiner Presserklärung zum Nachtragshaushalt 2018 nennt der Landrat auch gestiegene Investitionsmittel. 31 Millionen Euro gibt es vom Land Hessen. Er schlägt vor, die Mittel (unter anderem) als Sonderinvestitionsprogramm für den Sozialen Wohnungsbau zu verwenden.

Das können wir nur begrüßen! Uns fehlt zwar der Glaube und wir warten darauf, dass der Bau von bezahlbarem Wohnraum endlich auch im Haushalt festgeschrieben wird. Dann könnten auch wir mal darüber nachdenken, einem Haushalt des Wetteraukreises zuzustimmen.

Antrag der Freien Wähler: Einrichtung einer Zweigstelle der Ausländerbehörde in Büdingen

Wir haben einem Antrag der Freien Wähler zugestimmt, der eine Zweigstelle der Ausländerbehörde in Büdingen fordert. Das Anliegen ist mehr als berechtigt.

Das ist die Begründung der Freien Wähler:

„Zur Zeit müssen die im Altkreis Büdingen untergebrachten Flüchtlinge und ausländischen Arbeitnehmer alle, ihren Aufenthalt betreffenden, Behördengänge in Friedberg erledigen.“

Hierbei werden zum einen Zeivorgaben gemacht, die auf Grund der miserablen Verkehrsanbindung teilweise nicht eingehalten werden können. Zum anderen vergibt die Behörde zur Abarbeitung der Fälle täglich Nummern in begrenzter Stückzahl, so dass es vorkommen kann, dass Menschen, die bereits um fünf Uhr morgens angereist sind, keine Berücksichtigung mehr finden und neben den Fahrtkosten unverrichteter Dinge die Heimreise antreten müssen. Hiervon betroffen sind auch eine Vielzahl ehrenamtlicher Helfer, die Zeit und Geld (vergeblich) aufwenden, um unseren neuen Mirbürgern behilflich zu sein. Dies müsste nicht sein, wenn der Landrat und seine hauptamtlichen Kreisbeigeordneten eine sinnvolle Organisationsänderung in Friedberg, beziehungsweise in Büdingen vornehmen würden.“

Wir können die beschriebenen Zustände beim Ausländeramt in Friedberg bestätigen. Die vergebenen Nummern reichen oft nicht aus, dass auch alle Menschen bei einem Sachbearbeiter vorsprechen können. Eine Infostelle gibt es nicht, bei der Termine ausgemacht werden könnten und auch telefonisch werden keine Termine vergeben. Das haben wir selbst öfter versucht.

Auf eine Anfrage der Grünen antwortete nun der Kreisbeigeordnete Weckler (CDU): „Es werden auch Termine vergeben. ... Termine werden auf telefonische Anfrage oder nach persönlicher Vorsprache vereinbart.“ Weckler bestreitet, dass Menschen aus dem Ostkreis vergebens nach Friedberg kommen.

Wir werden überprüfen, ob sich wirklich etwas verbessert hat!

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Weihnachtsbeihilfe für Kinder einkommensschwacher Familien

Wiederholt beantragten wir eine Weihnachtsbeihilfe: „Kinder aus Familien, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen, erhalten vom Wetteraukreis jeweils zu Weihnachten eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro als Einmalzahlung.“

Der Antragstext ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/834-weihnachtsbeihilfe-f%C3%BCr-einkommensschwache-familien.html>

Und erneut wurde dieser Antrag abgelehnt. Nur die Grünen stimmten mit uns. Interessant ist die Begründung der Ablehnung, die der Abgeordnete der SPD Raimund Becker (früher Sozialdezernent von Nidda) abgab: Hartz4 sei ausreichend – auch für Weihnachtsgeschenke. Man habe immerhin 20 Prozent der unteren Einkommen zur Berechnung der Grundsicherung zu Grunde gelegt . Damit sei bewiesen, dass die Grundsicherung ausreiche. Ein Bundesgesetz könne man nicht mit einem Beschluss hier vor Ort umgehen. Außerdem hätten die Linken diesen Antrag bereits 2016 gestellt und seither hätte sich nichts verändert. Also müsse man dem Antrag auch nicht zustimmen.

Mal abgesehen davon, dass in Wirklichkeit 15 Prozent der untersten Einkommen zur Berechnung der Grundsicherung herangezogen wurden: Das ist doch wohl die hanebüchendste Begründung, die man vorbringen kann!

Das haben wir erwidert:

„Interessant, dass eine „Sozial“demokratische Partei mit einer solchen Begründung eine Weihnachtsbeihilfe für Kinder armer Familien ablehnt. Wir haben derzeit 21 Prozent Kinder, die in andauernder Armut leben und nochmal 10 Prozent, die zeitweise in Armut leben. Die Kinderarmut steigt. Zumindest das hat sich verändert. Und es stünde einer „Sozial“demokratischen Partei gut an, das zur Kenntnis zu nehmen!

Wer hat die Hartz-Gesetze gemacht? War das nicht auch die „Sozial“demokratische Partei? Jetzt auch noch zu erklären, das Gesetz sei sozusagen ein Dogma, das man mit einer Weihnachtbeihilfe nicht abmildern dürfe, ist schon ziemlich absurd! Widerlich!“

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Schülerticket auch für Kinder aus Rockenberg, Oppershofen und Steinfurth

Wir haben beantragt, entweder eine Buslinie zwischen Rockenberg, Oppershofen und Steinfurth nach Wölfersheim zur Singbergschule einzurichten oder für die Schüler/innen dieser Orte das Schülerticket zu bezahlen.

Hier ist unser Antrag und die Begründung: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/836-sch%C3%BClerticket-und-bus-zur-schule-rockenberg-w%C3%B6lfersheim.html>

Unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
in Hessen gibt es jetzt ein Schülerticket, das 365 Euro kostet. Damit können Schülerinnen und Schüler nicht nur zur Schule fahren, sondern auch in ihrer Freizeit hessenweit die öffentlichen Verkehrswege benutzen. Das ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Aber leider gilt das Schülerticket nicht für alle Kinder.

Die Schülerinnen und Schüler, die von Rockenberg, Oppershofen und Steinfurth zur Singbergschule nach Wölfersheim fahren, kommen nicht in den Genuss eines Schülertickets. Die Fahrt zur Schule muss bezahlt werden und genauso alle Fahrten in der Freizeit.

Um die Singbergschule besuchen zu können, haben die Eltern selbst einen Bus finanziert. Sie zahlen pro Jahr etwa 600 Euro und nur einen Teil davon bekommen sie von der vgo zurück erstattet.

Eine reguläre Buslinie zur Singbergschule besteht nicht. Schüler aus Rockenberg, Oppershofen und Steinfurth können das Schülerticket also nicht für ihre Fahrt zur Schule nutzen. Denn ihr Bus gilt als „Sonderverkehr“. Und für diesen „Sonderverkehr“ gilt das Schülerticket nicht.

Damit besteht eine Ungleichbehandlung dieser Schülergruppe gegenüber anderen Schülern.

Wie schon gesagt, gilt das Schülerticket ja auch hessenweit und in der Freizeit. Für Rockenberger und Steinfurth Kinder gilt es gar nicht. Die Rockenberger Eltern müssten jetzt nochmal 365 Euro pro Kind in die Hand nehmen, um ein Schülerticket zu kaufen, damit ihre Kinder die Vorteile des Schülertickets auch nutzen könnten.

Das ist absurd, meine Damen und Herren.

Mit der Zustimmung dieses Kreistags wurde die Singbergschule mit einer Oberstufe erweitert und hat an Attraktivität gewonnen. Aus Rockenberg, Oppershofen und Steinfurth gehen immerhin so viele Schülerinnen und Schüler nach Wölfersheim, dass sich eine Buslinie lohnt. Konsequenterweise sollte der Wetteraukreis für die Einrichtung einer Buslinie zwischen diesen Ortschaften und Wölfersheim sorgen. Oder zumindest das Schülerticket bezahlen, um eine Gleichbehandlung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

Dieser Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Die Grünen versuchten, das Anliegen wenigstens im Ausschuss zu behandeln – aber auch eine Überweisung in den Schulausschuss wurde abgelehnt.

Während der Debatte wurde deutlich: Der Betrag, den die vgo an die Eltern bezahlt, entspricht der Höhe des Schülertickets. Das beendet aber nicht die Ungleichbehandlung. Denn hessenweit und in der Freizeit können die Schüler/innen nicht fahren. Und die Eltern müssen wesentlich mehr als 365 Euro bezahlen.

Übrigens besteht das Problem auch für die Busverbindung von Büdingen nach Konradsdorf. Und es besteht für Kinder einkommensschwacher Familien, die näher als drei Kilometer an der Schule wohnen. Auch sie erhalten kein Schülerticket.

Änderung der Geschäftsordnung des Kreistags

In der letzten Post aus dem Kreistag berichteten wir, dass die Geschäftsordnung des Kreistags geändert werden soll. Der damals vorliegende Entwurf hätte kleine Parteien benachteiligt. Man wollte die Fraktionsstärke von zwei auf fünf Abgeordnete erhöhen. Wir haben vier Abgeordnete und hätten unseren Fraktionsstatus verloren. Wir hätten das Stimmrecht in den Ausschüssen verloren, hätten weniger Redezeit gehabt und weniger Fraktionsmittel – um nur die wichtigsten negativen Folgen zu nennen.

Nach der Hessischen Landkreisordnung und der Hessischen Gemeindeordnung können zwei Abgeordnete einer Partei eine Fraktion bilden. Das wollte man aushebeln.

Wir haben diesen Plan ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Er war nämlich hinter verschlossenen Türen im Ältestenrat behandelt worden. Wir haben uns auch auf ein Klageverfahren vorbereitet.

Zur letzten Kreistagssitzung wurde nun aber ein neuer Entwurf der Geschäftsordnung vorgelegt, der den Vorgaben der Hessischen Landkreis- und Gemeindeordnung entspricht. Es ist zu begrüßen, dass sich in der Koalition die Kreise durchgesetzt haben, die Wert auf demokratische Spielregeln legen.

Bericht zur Frauenförderung in der Kreisverwaltung

In der Kreisverwaltung besteht ein Frauenförderplan. Die Frauenbeauftragte berichtet regelmäßig über den Stand der Frauenförderung.

Im Bericht werden Qualifizierungsmaßnahmen und Quereinsteigerprogramme vorgestellt, die besonders Frauen ansprechen. Damit habe sich der Frauenanteil in Führungspositionen und bei Projektleitungen erhöht.

Problematisch wird der hohe Anteil von Teilzeitstellen gesehen: 62% der weiblichen Beschäftigten arbeiten Teilzeit – gegenüber 12% der männlichen Beschäftigten. Somit verdienen Frauen mehrheitlich weniger und zahlen auch niedrigere Rentenbeiträge ein.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber